

Sonderdruck aus:

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Alfred E. Ott

Bemerkungen zum Problemkreis
„Lohnhöhe und Beschäftigung“

11. Jg./1978

3

Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB)

Die MittAB verstehen sich als Forum der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Es werden Arbeiten aus all den Wissenschaftsdisziplinen veröffentlicht, die sich mit den Themen Arbeit, Arbeitsmarkt, Beruf und Qualifikation befassen. Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift sollen methodisch, theoretisch und insbesondere auch empirisch zum Erkenntnisgewinn sowie zur Beratung von Öffentlichkeit und Politik beitragen. Etwa einmal jährlich erscheint ein „Schwerpunktheft“, bei dem Herausgeber und Redaktion zu einem ausgewählten Themenbereich gezielt Beiträge akquirieren.

Hinweise für Autorinnen und Autoren

Das Manuskript ist in dreifacher Ausfertigung an die federführende Herausgeberin Frau Prof. Jutta Allmendinger, Ph. D.
Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
90478 Nürnberg, Regensburger Straße 104
zu senden.

Die Manuskripte können in deutscher oder englischer Sprache eingereicht werden, sie werden durch mindestens zwei Referees begutachtet und dürfen nicht bereits an anderer Stelle veröffentlicht oder zur Veröffentlichung vorgesehen sein.

Autorenhinweise und Angaben zur formalen Gestaltung der Manuskripte können im Internet abgerufen werden unter http://doku.iab.de/mittab/hinweise_mittab.pdf. Im IAB kann ein entsprechendes Merkblatt angefordert werden (Tel.: 09 11/1 79 30 23, Fax: 09 11/1 79 59 99; E-Mail: ursula.wagner@iab.de).

Herausgeber

Jutta Allmendinger, Ph. D., Direktorin des IAB, Professorin für Soziologie, München (federführende Herausgeberin)
Dr. Friedrich Buttler, Professor, International Labour Office, Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, Genf, ehem. Direktor des IAB
Dr. Wolfgang Franz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Mannheim
Dr. Knut Gerlach, Professor für Politische Wirtschaftslehre und Arbeitsökonomie, Hannover
Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Christof Helberger, Professor für Volkswirtschaftslehre, TU Berlin
Dr. Reinhard Hujer, Professor für Statistik und Ökonometrie (Empirische Wirtschaftsforschung), Frankfurt/M.
Dr. Gerhard Kleinhenz, Professor für Volkswirtschaftslehre, Passau
Bernhard Jagoda, Präsident a.D. der Bundesanstalt für Arbeit
Dr. Dieter Sadowski, Professor für Betriebswirtschaftslehre, Trier

Begründer und frühere Mitherausgeber

Prof. Dr. Dieter Mertens, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Karl Martin Bolte, Dr. Hans Büttner, Prof. Dr. Dr. Theodor Ellinger, Heinrich Franke, Prof. Dr. Harald Gerfin, Prof. Dr. Hans Kettner, Prof. Dr. Karl-August Schäffer, Dr. h.c. Josef Stingl

Redaktion

Ulrike Kress, Gerd Peters, Ursula Wagner, in: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB), 90478 Nürnberg, Regensburger Str. 104, Telefon (09 11) 1 79 30 19, E-Mail: ulrike.kress@iab.de; (09 11) 1 79 30 16, E-Mail: gerd.peters@iab.de; (09 11) 1 79 30 23, E-Mail: ursula.wagner@iab.de; Telefax (09 11) 1 79 59 99.

Rechte

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und unter genauer Quellenangabe gestattet. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische Vervielfältigungen, Mikrofilme, Mikrofotos u.ä. von den Zeitschriftenheften, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Herstellung

Satz und Druck: Tümmels Buchdruckerei und Verlag GmbH, Gundelfinger Straße 20, 90451 Nürnberg

Verlag

W. Kohlhammer GmbH, Postanschrift: 70549 Stuttgart; Lieferanschrift: Heßbrühlstraße 69, 70565 Stuttgart; Telefon 07 11/78 63-0; Telefax 07 11/78 63-84 30; E-Mail: waltraud.metzger@kohlhammer.de, Postscheckkonto Stuttgart 163 30.
Girokonto Städtische Girokasse Stuttgart 2 022 309.
ISSN 0340-3254

Bezugsbedingungen

Die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ erscheinen viermal jährlich. Bezugspreis: Jahresabonnement 52,- € inklusive Versandkosten; Einzelheft 14,- € zuzüglich Versandkosten. Für Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende wird der Preis um 20 % ermäßigt. Bestellungen durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag. Abbestellungen sind nur bis 3 Monate vor Jahresende möglich.

Zitierweise:

MittAB = „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ (ab 1970)
Mitt(IAB) = „Mitteilungen“ (1968 und 1969)
In den Jahren 1968 und 1969 erschienen die „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ unter dem Titel „Mitteilungen“, herausgegeben vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.

Internet: <http://www.iab.de>

Bemerkungen zum Problemkreis „Lohnhöhe und Beschäftigung“*

Alfred E. Ott

Im folgenden werden 10 Thesen zur gegenwärtigen Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland vorgetragen:

1. Die Ursache der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland ist *konjunktureller Natur*.
2. Mit dem Ende der Rezession-Depression von 1974/75 ist die Arbeitslosigkeit nicht so verschwunden, wie sie entstanden war (*Remanenz der Arbeitslosigkeit*).
3. *Der Aufschwung* des Jahres 1976 war zu *schwach*, um eine schnelle und völlige Absorption der Arbeitslosen zu bewirken.
4. Die konjunkturell entstandene Arbeitslosigkeit hat sich so verändert, daß sie jetzt *als strukturell verhärtet* anzusehen ist.
5. Ein Teil der Arbeitslosen ist dadurch arbeitslos geworden, daß die Unternehmung, bei der sie beschäftigt waren, in *Konkurs* gegangen ist.
6. Ein weiterer Teil der Arbeitslosigkeit ist auf die *Spaltung* („*Segmentierung*“) des Arbeitsmarktes zurückzuführen.
7. Von Bedeutung ist ferner die *technologisch bedingte Arbeitslosigkeit*. Die Entlassungen waren zwar konjunkturell bedingt, die Arbeitsplätze sind jedoch inzwischen „*wegrationalisiert*“ worden.
8. Das *Wachstum der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter* ist eine weitere Ursache der Arbeitslosigkeit.
9. Dazu kommt eine *Mindestlohn-Arbeitslosigkeit* im Keynesianischen Sinn.
10. *Sektorale Strukturveränderungen* und *unternehmensgrößenspezifische Veränderungen* haben schließlich ebenfalls zur gegenwärtigen Arbeitslosigkeit beigetragen.

Für die Beziehungen zwischen Lohnhöhe und Beschäftigung gilt: Wenn zwar auch nicht angenommen werden kann, daß absolute oder relative Lohnsenkungen die gegenwärtige Arbeitslosigkeit beseitigen, so kann doch mit großer Wahrscheinlichkeit vermutet werden, daß unangemessene Lohnerhöhungen die Beseitigung der Arbeitslosigkeit noch erschweren. Die Lohnsteigerungsrate kann demnach nicht unabhängig von der Arbeitslosenquote sein; sie muß vielmehr dem klassischen, früher auch in der Bundesrepublik geltenden Phillips-Zusammenhang gemäß umso niedriger sein, je höher die Arbeitslosenquote ist.

I

Es sei gestattet, mit einer scheinbar scherzhaften Frage zu beginnen: Kann die Sommer-Arbeitslosigkeit eines Skilehrers dadurch behoben werden, daß man sein Salär herabsetzt? Die Antwort muß selbstverständlich nein lauten, denn selbst zum Null-Tarif kann ein Skilehrer seinen Beruf nicht ausüben, wenn kein Schnee liegt. Das Fazit, das aus diesem Beispiel zu ziehen ist: Die Frage, ob durch eine Lohnsenkung ein positiver Beschäftigungseffekt ausgelöst wird, ist nicht unabhängig von der Art der bestehenden Arbeitslosigkeit zu beantworten. Bei der saisonalen Arbeitslosigkeit funktioniert dieser Mechanismus, wie gezeigt, nicht.

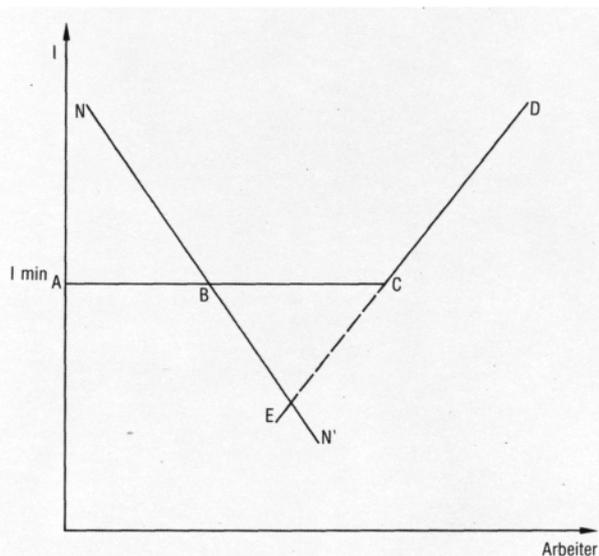
Lehrbuchmäßig sehen die Zusammenhänge zwischen Lohnhöhe und Beschäftigung zunächst – neoklassisch – wie folgt aus: Die Nachfrage nach Arbeit ist eine Funktion des Reallohns; bei gegebenem Arbeitsangebot existiert ein Gleichgewichts-Reallohn, bei dem Vollbeschäftigung erreicht wird. Arbeitslosigkeit, d.h. das Auftreten eines Angebotsmengen-Überschusses, ist stets zu überwinden durch eine Senkung des Reallohns.

Es ist hier nicht notwendig, auf die Fragen einzugehen, ob es die Arbeitnehmer überhaupt in der Hand haben, durch Nominallohnunterbietungen auch den Reallohn wie erforderlich zu senken, ob zweitens im Maße der Nominallohnsenkung auch die Preise sinken müssen und der Reallohn somit kon-

stant bleibt. Es genügt der Hinweis auf die Realität: Seitdem die Nominallöhne unter dem Einfluß der Gewerkschaften nach unten starr sind, sind die oben gestellten Fragen nahezu akademischer Natur.

Realistischer ist somit die Abbildung I, in der I_{\min} die Lohnuntergrenze (genau genommen: die Lohnuntergrenze bei ei-

Abbildung 1
Mindestlohn – Arbeitslosigkeit



* Der Betrieb eines laufenden Semesters läßt keine Zeit für die Abfassung eines Artikels, in dem alle wesentlichen Aspekte des Themas behandelt würden. Nur für dieses „Statement“ hat es gereicht, ein zugegebenermaßen unbefriedigendes Ergebnis angesichts der Bedeutung des Themas.

nem gegebenen Preissystem) und der Punkt C die Keynesianische Vollbeschäftigung angibt.

Verläuft die Nachfragekurve nach Arbeit nicht nur durch den Punkt C, sondern schneidet sie die Linie AC links von C, so entsteht eine Mindestlohn-Arbeitslosigkeit z.B. in Höhe von BC. Diese Arbeitslosigkeit läßt sich beseitigen, wenn es gelingt, die Nachfragekurve genügend nach rechts zu verschieben. Da die Nachfrage nach Arbeit eine abgeleitete Nachfrage ist, abgeleitet aus der Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern, ist es demnach letztlich erforderlich, diese effektive Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern zu vergrößern.

Auf einen möglichen „konservativen“ Einwand sei nur kurz eingegangen. Man sehe es ja nun ganz deutlich, daß die hohen, fixierten und nach unten starren Löhne an der Arbeitslosigkeit schuld seien; außerdem sei die Keynesianische Vollbeschäftigung praktisch eine Überbeschäftigung gegenüber der neoklassischen Vollbeschäftigung, die sich bei freien Löhnen im Punkte E ergebe. Man müsse nur zu einer freien Lohnbildung zurückkehren, und die Vollbeschäftigung stelle sich automatisch ein.

Dagegen: Die Wirtschaftstheorie hat bei ihren Ableitungen die gegebenen Institutionen, Gesetze, Regeln, Verhaltensweisen etc. in Rechnung zu stellen, hat also auch von der Existenz der Gewerkschaften und nach unten starren Löhnen auszugehen. Und selbst wenn die Löhne nach unten nicht starr wären: Auf den Lohnunterbietungsprozeß als einen automatischen Weg zur Vollbeschäftigung sollte man sich wegen der damit vorhandenen deflationistischen und sozialen Gefahren keinesfalls verlassen.

Betrachtet man die gegenwärtige Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland von rd. 1 Mio (Stand April 1978) in ihrer komplizierten Struktur, wie sie in den „Strukturanalysen“ der ANBA¹⁾ mehrfach dargestellt wurde, so scheint diese Arbeitslosigkeit wegen ihrer Differenziertheit mit den globalen Aussagen der neoklassischen wie des keynesianischen Modells wenig gemein zu haben. Die Arbeitslosen sind in ihrer Gesamtheit keine homogene Größe; sie müssen vielmehr nach einer ganzen Reihe von Kriterien untergliedert werden, damit einigermaßen homogene Teilmengen entstehen. Bestimmte Teilmengen von Arbeitslosen sind zudem als Problemgruppen einzustufen – z.B. ältere Arbeitslose, Arbeitslose mit gesundheitlichen Einschränkungen – und für sie können die globalen Aussagen am allerwenigsten Anwendung finden. Außerdem tritt bei der Analyse noch die folgende Schwierigkeit auf: Die Begriffe der Arbeitsmarktstatistik sind nicht unmittelbar mit den Begriffen der Wirtschaftstheorie wie z.B. konjunkturelle und strukturelle Arbeitslosigkeit zu vereinbaren.^{1a)}

Damit kommen wir wieder zu unserem Ausgangspunkt zurück, der Feststellung nämlich, daß die Beziehung zwischen Lohnhöhe und Beschäftigung nicht unabhängig von der Art der Arbeitslosigkeit ist. Wir formulieren jetzt einige Thesen über die Entstehung und die Arten der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik, um dann zu unserem Hauptthema Lohnhöhe und Beschäftigung zurückzukehren.

¹⁾ Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg.

^{1a)} Maneval, H., Probleme der Erfassung struktureller Arbeitslosigkeit. In: Soziale Probleme der modernen Industriegesellschaft, Schriften des Vereins für Socialpolitik NF Bd. 92/1, Berlin 1977, S. 111-129.

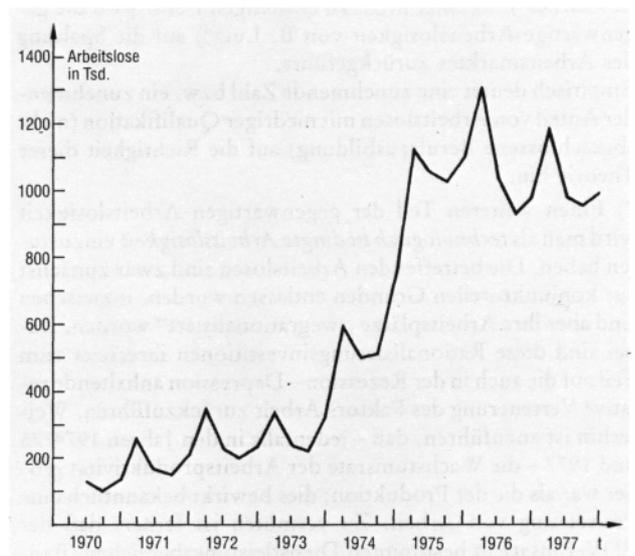
²⁾ Eine Ausnahme macht der Verband der Vereine Creditreform e.V., Neuss, der in seinem Jahresbericht 1977/78 Zahlen für 1977/78 vorlegt, die jedoch keinen Rückschluß darauf zulassen, wieviele Arbeitslose seit 1974 auf Konkurse von Unternehmen zurückzuführen sind (Jahresbericht 1977/78, S. 13).

II

Thesen zur Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland

1) Die Ursache der gegenwärtigen nicht-saisonalen Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland ist *konjunktureller Natur*, d.h. die Arbeitslosigkeit entstand im unmittelbaren kausalen Zusammenhang mit der Rezession – Depression von 1974/75. Diese Aussage ist weniger eine These als vielmehr eine empirische Feststellung, die durch die Abbildung 2 eindeutig belegt wird.

Abbildung 2
Arbeitslose insgesamt in der Bundesrepublik Deutschland 1970–1971, Vierteljahreswerte



2) Mit dem Ende der Rezession – Depression von 1974/75 ist die Arbeitslosigkeit in dem Aufschwungsjahr 1976 nicht so verschwunden wie sie entstanden ist; es ist vielmehr *eine Remanenz* der Arbeitslosigkeit auf einem hohen Niveau festzustellen.

3) An diese empirische Feststellung läßt sich die folgende Hypothese anknüpfen: Offenbar war der Aufschwung des Jahres 1976 *zu schwach*, um eine schnelle und völlige Absorption der Arbeitslosen zu bewirken. Dazu hätte es eines kräftigeren Aufschwungs, vergleichbar dem der Jahre 1968 und 1969, also eines Maxi-Booms, bedurft.

(Der Anstieg des realen Bruttosozialprodukts im Jahre 1976 hat nämlich zu rd. 45 % dazu gedient, das Sozialprodukt erst einmal wieder auf den Stand von 1974 zu bringen. Die restlichen 55 % des Wirtschaftswachstums von 1976 bedeuten gegenüber diesem Stand einen Anstieg von nur 3 % gegenüber 5,6%, bezogen auf das BSP von 1975.)

4) Es ist zu vermuten, daß die *konjunkturell entstandene* Arbeitslosigkeit sich so verändert hat, daß sie jetzt *als strukturell verhärtet* anzusehen ist. Diese strukturellen Verhärtungen sind nicht auf eine einzige Ursache, sondern auf mehrere Ursachen zurückzuführen.

5) Als erstes nennen wir die Arbeitslosen, die dadurch arbeitslos wurden, daß die Unternehmung, bei der sie beschäftigt waren, *in Konkurs* gegangen ist. Bekanntlich ist die Zahl der Konkurse seit 1974 sprunghaft angestiegen; es liegen jedoch m.W. keine Unterlagen darüber vor, wieviele Arbeitslose auf diese Erscheinung zurückgeführt werden können.²⁾

6) Weiterhin nennen wir *die Spaltung* („Segmentierung“) des Arbeitsmarktes. Die Unternehmungen gingen in den letzten

Jahren verstärkt dazu über, die Stammebelegschaften, die über eine betriebsspezifische Qualifikation verfügen, enger an die Unternehmung zu binden und die Arbeitskräfte ohne diese Qualifikation als „Konjunkturpuffer“ zu verwenden. Dadurch zerfällt der Arbeitsmarkt in einen primären – Stammebelegschaften – und einen sekundären Teil, d.s. alle anderen. Dazu kommt: Wenn die Löhne in den unteren Lohngruppen durch die Zahlung von festen (Sockel-)Beträgen stärker als in den oberen Lohngruppen steigen, so kommt es gleichzeitig zu einer Substitution von weniger qualifizierten Arbeitskräften durch Maschinen und höher bezahlte Arbeitskräfte als Bedienungspersonal.

Diese Theorie des gespaltenen Arbeitsmarktes ist eine moderne Version der Theorie der noncompeting groups von J. E. Cairnes³⁾. In einer m. E. zu einseitigen Form wird die gegenwärtige Arbeitslosigkeit von B. Lutz⁴⁾ auf die Spaltung des Arbeitsmarktes zurückgeführt.

Empirisch deutet eine zunehmende Zahl bzw. ein zunehmender Anteil von Arbeitslosen mit niedriger Qualifikation (nicht abgeschlossene Berufsausbildung) auf die Richtigkeit dieser Theorie hin.

7) Einen weiteren Teil der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit wird man als *technologisch bedingte Arbeitslosigkeit* einzustufen haben. Die betreffenden Arbeitslosen sind zwar zunächst aus konjunkturellen Gründen entlassen worden, inzwischen sind aber ihre Arbeitsplätze „wegrationalisiert“ worden. Dabei sind diese Rationalisierungsinvestitionen ihrerseits zum Teil auf die auch in der Rezession – Depression anhaltende relative Verteuerung des Faktors Arbeit zurückzuführen. Weiterhin ist anzuführen, daß – jedenfalls in den Jahren 1974/75 und 1977 – die Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität größer war als die der Produktion; dies bewirkt bekanntlich eine Freisetzung von Arbeit. Zu vermuten ist ferner, daß der EDV-Einsatz in bestimmten Dienstleistungsbereichen (Banken, Versicherungen) ebenfalls mit Freisetzungen verbunden war.

8) Ferner kommt ein Typ von Arbeitslosigkeit in Frage, der auf das *Bevölkerungswachstum* (*Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter*) zurückzuführen ist. Theoretisch kann man sich die Zusammenhänge wie folgt klar machen:

Bei gegebenem Kapitalkoeffizienten und gegebener Wachstumsrate der Bevölkerung gibt es eine ganz bestimmte Investitionsquote („notwendige Investitionsquote“), die garantiert, daß die Mehrbevölkerung entsprechend mit Kapital ausgestattet wird wie die ursprüngliche Bevölkerung. Steigt das Bevölkerungswachstum, so muß ceteris paribus die Investitionsquote auch steigen. Ist dies nicht der Fall, so fehlen Arbeitsplätze, und zwar für die Mehrbevölkerung. Als empirisches Indiz kommt hier die Höhe der Jugendarbeitslosigkeit in Betracht.

³⁾ Cairnes, J. E., *Some Leading Principles of Political Economy*, Newly Expounded, London 1874.

⁴⁾ Lutz, B., *Sieben magere Jahre – oder: Ist die Unterbeschäftigung vermeidlich?* In: Ü. Borsdorf u.a. (Hrsg.) *Gewerkschaftliche Politik: Reform aus Solidarität*. Zum 60. Geburtstag von Heinz O. Vetter, Köln 1977, S. 489-510.

⁵⁾ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: *Mehr Wachstum, mehr Beschäftigung, Jahresgutachten 1977/78*, Stuttgart und Mainz 1977.

⁶⁾ Engels, W., *Wachstum und Arbeit*, Deutsche Zeitung vom 25. November 1977, S. 2.

⁷⁾ Soltwedel, R., *Die Neoklassik hat doch recht*, in: *Wirtschaftswoche* Jg. 31 (1977), Nr. 42, S. 74-79.

⁸⁾ Kromphardt, J., *Investitionen und Beschäftigung. Eine Kritik an den diesbezüglichen Ausführungen des Sachverständigenrats*. In: *Finanzarchiv*, NF Bd. 36 (1977), S. 294-311.

⁹⁾ Mertens, D., *Lohntarif und Arbeitslosigkeit – Plädoyer für eine Denkpause*, in: *Konjunkturpolitik* 2/1978, S. 71-97.

¹⁰⁾ Kowalski, E., *Deus Pigovianus ex Ökonomachina? oder: Gleicher Rang für die Nachfrage*. – Zum Jahresgutachten 1977/78 des Sachverständigenrates, Manuskript 1978.

¹¹⁾ Tietmeyer, E., *Droht uns eine Stagnation? Vortrag, veranstaltet vom Walter-Eucken-Institut in der Universität Freiburg im Breisgau am 2. Februar 1978*.

9. *Wenn die Lohnerhöhungen den Produktivitätszuwachs übersteigen*, ohne daß eine Überwälzung auf die Preise möglich ist, so muß es zu Arbeitslosigkeit kommen. Dies ist der Kern der Position des Sachverständigenrates⁵⁾, aber auch der Argumentation z.B. von W. Engels⁶⁾ und R. Soltwedel⁷⁾. Kritisch nahmen dazu insbesondere J. Kromphardt⁸⁾, D. Mertens⁹⁾, E. Kowalski¹⁰⁾ und E. Tietmeyer 1978¹¹⁾ Stellung. Mir würde es besser gefallen zu argumentieren, ein Teil der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit müsse als Mindestlohn-Arbeitslosigkeit in dem oben angeführten Sinn angesehen werden. Diese Mindestlohn-Arbeitslosigkeit kann nicht durch eine absolute oder relative Lohnsenkung, sondern nur durch eine Erhöhung der Nachfrage nach Arbeit bekämpft werden. Diese erfordert ihrerseits eine Erhöhung der effektiven Nachfrage nach Gütern und Diensten.

Zu erwähnen ist in diesem Kontext die zunehmende „*Rigidisierung*“ der Löhne. Dadurch werden die Lohnkosten immer mehr zu fixen Kosten, die man von den Unternehmungen her zu vermeiden trachtet. Die Rigidisierung wirkt demnach tendenziell beschäftigungsvermindernd.

10) *Sektorale Strukturveränderungen* und unternehmensgrößenspezifische Veränderungen haben sicher ebenfalls mit zur Arbeitslosigkeit beigetragen. Beispielsweise ist an die Entstehung zahlreicher Supermärkte auf der grünen Wiese bei gleichzeitigem Rückgang der Zahl der traditionellen Einzelhandelsgeschäfte zu denken. Da die letzteren personalintensiver sind, führt dieser Prozeß zu einer Freisetzung von Einzelhandelskaufleuten, deren Arbeitslosenanteil in der Tat überproportional ist (also höher, als es dem Anteil der Beschäftigten im Einzelhandel an allen Beschäftigten entspricht). Zu erwähnen sind ferner die Stahlindustrie und die Werften; die Uhrenindustrie kann man hier anführen oder auch unter der Rubrik technologische Arbeitslosigkeit.

III

Aus dem Vorstehenden wird deutlich, daß wir nicht der Ansicht sind, daß durch eine absolute oder relative Lohnsenkung (d.h. ein Zurückbleiben der Lohnentwicklung hinter der Produktivitätsentwicklung) die Arbeitslosigkeit beseitigt werden könne. Gleichwohl wäre es ganz falsch, daraus zu folgern, es werde grünes Licht gegeben für eine „normale“ Lohnpolitik der Gewerkschaften, normal in dem Sinne, als gebe es keine Arbeitslosen, als herrsche Vollbeschäftigung. Denn man muß das Problem doch wie folgt sehen: *Wenn zwar auch nicht angenommen werden kann, daß absolute oder relative Lohnsenkungen die gegenwärtige Arbeitslosigkeit beseitigen, so kann doch mit großer Wahrscheinlichkeit vermutet werden, daß unangemessene Lohnerhöhungen die Beseitigung der Arbeitslosigkeit noch erschweren*. Dies kann allein schon deshalb angenommen werden, weil eine weitere relative Verteuerung des Faktors Arbeit gegenüber dem Kapital die Substitution von Arbeit durch Kapital, also das „Wegrationalisieren“ von Arbeitsplätzen noch verstärkt. Die insgesamt schwierige und unbefriedigende wirtschaftliche Lage – erneut niedriges Wachstum in 1978 bei anhaltender Arbeitslosigkeit, bei strukturellen Problemen und anhaltender Schwäche der Weltkonjunktur – sollte eine zurückhaltende Lohnpolitik nahelegen, auch wenn manche Autoren das nicht anders als ein „Stabilitätsoffer der Gewerkschaften“ sehen können.

Die Lohnsteigerungsrate kann demnach nicht unabhängig von der Arbeitslosenquote sein; sie muß vielmehr dem klassischen, früher auch in der Bundesrepublik geltenden Phillips-Zusammenhang gemäß umso niedriger sein, je höher die Arbeitslosenquote ist.